

(per E-Mail)

Herr Thomas Kaspar  
Chefredakteur  
Frankfurter Rundschau  
online@fr.de  
thomas.kaspar@fr.de

30. September 2020

Sehr geehrter Herr Kaspar,

wir beziehen uns auf den von Herrn Felix Lill verfassten Kommentar "Tausende Festnahmen in drei Monaten", der am 26. September 2020 in der *Frankfurter Rundschau* erschienen ist. Bitte gestatten Sie mir, Ihnen die folgenden Informationen zukommen zu lassen, um Ihnen das Verständnis der Thematik zu erleichtern und Sie von den unerschütterlichen institutionellen Stärken Hongkongs zu überzeugen.

Das Gesetz über die nationale Sicherheit (das Gesetz) ist ein wichtiger Schritt zur vollständigen Umsetzung des Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law), zur Stärkung des Prinzips "Ein Land, zwei Systeme" und zur Wiederherstellung der Stabilität in der Sonderverwaltungsregion Hongkong (HKSAR). Konkret zielt das Gesetz auf vier Arten von Handlungen und Aktivitäten ab, die die nationale Sicherheit gefährden, nämlich Sezession, Untergrabung der Staatsmacht, Organisation und Durchführung terroristischer Aktivitäten und Kollusion mit ausländischen oder externen Kräften zur Gefährdung der nationalen Sicherheit. Die klaren Bestimmungen des Gesetzes werden daher nur auf eine extrem kleine Minderheit von Straftätern abzielen, die gegen die Bestimmungen zu diesen vier spezifischen Straftaten verstoßen, während das Leben und Eigentum sowie die Grundrechte und -freiheiten der überwältigenden Mehrheit der Einwohner Hongkongs, einschließlich ausländischer Investoren, geschützt werden.

Unabhängig davon wurde die Entscheidung, die Wahl zum Legislativrat um ein Jahr zu verschieben, getroffen, um die öffentliche Gesundheit zu schützen und eine offene und faire Wahl zu gewährleisten. Als Ende Juli die Entscheidung zur Verschiebung der Wahlen bekannt gegeben wurde, erlebte Hongkong eine erneute und besorgniserregende Welle von COVID-19-Ausbrüchen. Die Abhaltung einer Wahl für potenziell über vier Millionen registrierte Wähler hätte ein erhebliches Risiko einer weiteren Ansteckung der Bevölkerung mit COVID-19 mit

sich gebracht. Darüber hinaus hätten die derzeit geltenden strengen Grenzkontrollmaßnahmen dazu geführt, dass es für registrierte Wähler, die sich außerhalb der Stadt befinden, schwierig gewesen wäre, zur Stimmabgabe zurückzukehren. Da es keine Alternativen zur persönlichen Stimmabgabe gibt, wie beispielsweise Briefwahl oder elektronische Stimmabgabe, hat unsere Regierung die schwierige Entscheidung getroffen, die Wahl zu verschieben. Die Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong hat sich verpflichtet, die Wahl im September nächsten Jahres wie üblich offen, fair und transparent durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Bill Li

Direktor des Wirtschafts- und Handelsbüros Hongkong in Berlin